

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Bedingungen: Preis prämienanbei...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr... Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Dienstag, den 19. Januar 1915. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Positionskämpfe in West und Ost dauern fort.

Westlicher Kriegsschauplatz. Der französische Tagesbericht.

Paris, 18. Januar. (W. L. B.) Amtlicher Kriegsbericht von gestern nachmittag 3 Uhr: Wir rücken im Gebiete von Neuport und Lombartzyde ungefähr 200 Meter vor.

Französischer Bericht über die Lage bei Soissons.

Paris, 17. Januar. (L. U.) Der französische Generalstab verbreitet folgende Note: Die Affäre bei Soissons stellt ein Zurückweichen von mehr als 1800 Meter auf einer Front von 5 Kilometer dar.

Hefige Beschießung von Soissons.

Lyon, 17. Januar. (W. L. B.) Der „Progrès“ meldet aus Paris: Mit den Abendstunden ist am 18. d. M. eine große Zahl der Einwohner Soissons in Paris eingetroffen.

Beruhigung der Bevölkerung der bombardierten flandrischen Städte.

Amsterdam, 18. Januar. (L. U.) Der „Telegraaf“ meldet aus Stuis, daß in Ipern ungefähr 4000 Bewohner der ursprünglichen Bevölkerungszahl von 19 000 noch aushalten.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers. Am 18. Januar 1915. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz. In Gegend Neuport nur Artilleriekampf. Feindliche Angriffsbewegungen sind in den letzten Tagen nicht wahrgenommen.

Bei La Boisselle nordöstlich Albert warfen unsere Truppen im Bajonettangriff Franzosen, die sich im Kirchhof und im Gehöft südwestlich davon wieder festgesetzt hatten.

Im Argonnerwalde wurden mehrere französische Gräben erobert, die französischen Besatzungen fast aufgerieben.

Ein Angriff der Franzosen auf unsere Stellungen nordwestlich Pont-a-Mousson führte auf einer Höhe zwei Kilometer südlich Wilcey bis in unsere Stellung; der Kampf dauert noch an.

In den Vogesen und im Oberrhein herrschte starkes Schneetreiben und Nebel, die die Gefechtsfähigkeit behinderten.

Ostpreußen ist die Lage unverändert. Im nördlichen Polen versuchten die Russen, über den Wkra-Abschnitt bei Radzanow vorzustoßen, wurden aber zurückgewiesen.

Der österreichische Generalstabsbericht. Wien, 18. Januar. (W. L. B.) Amtlich wird veröffentlicht: 18. Januar 1915, mittags:

Nördlich der Weichsel keine wesentlichen Ereignisse. Auf den Höhen östlich Zakliczyn zwang unsere Artillerie durch konzentrisches Feuer die Russen zum Verlassen einiger vorderster Schützengruppen.

An der übrigen Front in Westgalizien nur Geschützkampf. In den Karpathen nur unbedeutende Patronillengefechte.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs, von Hofer, Feldmarschallleutnant.

Beruhigung der Bevölkerung der bombardierten flandrischen Städte.

Amsterdam, 18. Januar. (L. U.) Der „Telegraaf“ meldet aus Stuis, daß in Ipern ungefähr 4000 Bewohner der ursprünglichen Bevölkerungszahl von 19 000 noch aushalten.

Japanische Offiziere in Frankreich.

Paris, 17. Januar. (L. U.) Wie aus Marseille gemeldet wird, werden Ende Januar 200 japanische Instruktionsoffiziere, die für die französische und englische Armee bestimmt sind, dort ein treffen.

England und Amerika.

Nach telegraphischer Meldung wird der vollständige Text der englischen Antwort auf den Protest der Vereinigten Staaten-Regierung gegen die britische Behandlung der neutralen Handelschiffahrt in den allernächsten Tagen eingehen.

Und noch schärfer äußert sich die englandfeindliche Presse der nordamerikanischen Union, besonders die Blätter des Hearst'schen Zeitungstrusts sowie die irisch-englischen und die deutschen Zeitungen.

Solche Auslassungen sind charakteristisch für die Stimmung, die zurzeit, wenn auch nicht in der breiten Masse des Volkes, so doch in den kapitalistischen Kreisen der Vereinigten Staaten herrscht.

Die englische Antwortnote weist darauf hin, daß der Krieg, wenn er auch die Ausfuhr mehrerer amerikanischer Produkte geschädigt hat, doch dafür die Ausfuhr anderer Produkte beträchtlich gesteigert worden ist.

nicht übernommen, im Gegenteil — „Old England“ kann froh sein, daß es sich in Amerika so schön die notwendigen Getreidevorräte beschaffen konnte; das Gedeihen wäre ihm sonst viel kostspieliger gekommen.

So stellt sich vom Standpunkte des amerikanischen Kapitalisten die Handelsverbindung dar — und er hat von seinem Standpunkte aus zweifellos recht. Eine Verpflichtung, sich deshalb den Export anderer Waren, vor allem gar nach neutralen Ländern, willkürlich von England einschränken zu lassen und nach dem Auslande keine Baumwolle, kein Kupfer, kein Petroleum, keinen Mais usw. zu liefern, erkennt es durchaus nicht an, um so weniger, als dieser Handel für die Vereinigten Staaten eine weit größere Bedeutung hat wie die Getreideausfuhr und deshalb keine Unterbindung durch die englischen Maßnahmen eine schwere Beeinträchtigung des gesamten Wirtschaftslebens der Union darstellt. Im Jahr 1912 haben z. B. die Vereinigten Staaten von Amerika für 2376 Millionen Mark Baumwolle, für 457 Millionen Mark Kupfer, für 472 Millionen Mark Mineralöle ausgeführt. Deswegen, weil England vielleicht ein Interesse daran hat, die deutsche und österreichische Baumwollindustrie zu ruinieren, kann es nach Ansicht der amerikanischen Handelswelt doch unmöglich verlangen, die Vereinigten Staaten sollten ihre Baumwolle nicht nach dem europäischen Kontinent liefern, also einen ihrer bedeutendsten Produktionszweige zugunsten der englischen Rationalitätsbestrebungen lahmlegen und tiefe Werte verloren gehen lassen. Dazu kommt, daß England selbst diesmal viel weniger amerikanische Baumwolle gekauft hat, als in früheren Jahren, teils weil seine eigene Baumwollindustrie durch den Krieg sehr geschwächt worden ist, teils weil es, um Ostindien zu helfen, einen größeren Anteil seines Bedarfs als in früheren Jahren durch indische Baumwolle gedeckt hat.

Nun hat zwar England auf amerikanische Vorstellungen hin erklärt, den Versand amerikanischer Baumwolle nach europäischen Häfen nicht hindern zu wollen; aber feste, bestimmte Zusicherungen hat es nicht gegeben, und als vor kurzem die „Denver“ von Norfolk abfuhr, um eine Ladung Baumwolle nach Bremen zu bringen, wurde das Schiff beschlagnahmt, obgleich der Kapitän ein Zertifikat des englischen Konsuls in Norfolk besaß, daß er keine Konterbande an Bord hätte.

Uebrigens hat in den Kreisen des amerikanischen Großhandels sehr verkannt, daß England es ablehnt, die seit Kriegsbeginn von Amerikanern gekauften deutschen Schiffe als amerikanische anzuerkennen. Seit langem ist der amerikanische Großhandel mit Unterstützung der Regierung bestrebt, die amerikanische Handelsflotte auszubauen, besonders seitdem die amerikanisch-imperialistische Politik, die in den letzten Jahrzehnten durch die Eroberung Kubas und der Philippinen, die Gründung der Republik Panama und den Bau des Panamakanals einen Erfolge nach dem andern errungen hat, sich ihren großen Ziele immer näher schiebt: der Herrschaft über den Stillen Ozean. Aber dieses Bestreben hatte bisher nur ein wenig befriedigendes Ergebnis. Die eigentliche dem Auslandsverkehr dienende Handelsmarine des nordamerikanischen Freistaates hat noch immer geringe Bedeutung, selbst der direkte Handelsverkehr zwischen den Häfen der Union und Südamerikas wird größtenteils durch deutsche und englische Schiffe vermittelt. Der Krieg und die durch ihn herbeigeführte Mattsetzung der deutschen Handelsflotte bietet nun eine günstige Gelegenheit, einen Teil der vor englischen Kriegsschiffen in amerikanische Häfen gestrichelten deutschen Schiffe zu verhältnismäßig billigen Preisen anzukaufen und dadurch die amerikanische Handelsflotte auszudehnen, zumal die deutsche Konkurrenz jetzt ganz, die englische wenigstens zum Teil ausgeschaltet ist. Wenn aber England die gekauften deutschen Schiffe nicht als amerikanische anerkennt, hat der schöne Plan der Schaffung einer großen amerikanischen Handelsflotte zunächst wenig Aussicht auf Verwirklichung.

Diese Hindernisse, auf die die amerikanische Handelswelt fast überall in der Verfolgung ihrer Pläne bei England stößt, haben die amerikanischen Kapitalisten trotz ihrer entschiedenen Sympathie für England gegen dessen rücksichtslose Ausnutzung seiner Seemachtstellung aufgebracht, und wie wenig auch Herr Wilson und sein Staatssekretär des Auswärtigen, Herr Bryan, zu einem ernstlichen Konflikt mit England geneigt sein mögen, werden beide sich doch wohl aus Rücksicht auf die Stimmung einflussreicher amerikanischer Handelskreise genötigt sehen, etwas weniger milde Seiten auf ihre Gitarre zu spannen und ihren Protest in verschärfter Fassung zu wiederholen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die deutsche Offensive in Polen.

Petersburg, 18. Januar. (Z. U.) Der Militärkritiker des „Reich“ schreibt, daß die fortgesetzten Angriffe der Deutschen auf der Linie Sokolow-Polinow fortbauern, während auf dem übrigen Rest der Front Ruhe herrscht. Nach seiner Ansicht handelt es sich augenblicklich um einen Positionskrieg, der dazu bestimmt ist, neue strategische Positionen auf den Linien Bzura, der Pilica und der Nida zu verschleiern. Man könnte sonst nicht erklären, wieso diese Angriffe der Deutschen sich ohne Unterlaß auf dem Terrain von Sucha wiederholen, die selbst wenn sie zum Siege führen würden, den Deutschen keine strategischen Vorteile gewähren würden. Andererseits produzieren die russischen Zeitungen — wohl zur Schwächung der Gemüter — Informationen, denen zufolge der deutsche Generalstab die öffentliche Meinung auf einen Rückzug aus der Umgebung von Warschau vorzubereiten scheint.

Eine neue Schlacht in Polen bevorstehend.

Basel, 18. Januar. (W. Z. V.) Laut „Nationalzeitung“ schreibt der militärische Mitarbeiter der „Kosmoje Wremja“: Die belagerten Truppenbeschießungen hinter der deutschen Front beweisen alles andere als einen Rückzug des Feindes. Wir müssen vielmehr eine neue Schlacht auf der ganzen Linie erwarten, vielleicht in einem ganz unerwarteten Moment.

Vom österreichisch-russischen Kriegsschauplatz.

Kämpfe in den Karpathen.

Budapest, 18. Januar. (Z. U.) Im Unger-Komitat kam es gestern zu keinem Zusammenstoß. Nach vorliegenden Nachrichten gab es im Satorgatal im Bereger Komitat Kämpfe mit russischen Truppen, wobei wir Terrain gewonnen haben. Von den russischen Truppen in der Bukowina ist eine Gruppe über Tzwar und Molhova nach Kirilbaba vorgezogen, das in unmittelbarer Nachbarschaft der Gemeinde Lojossalva liegt. Einige Kilometer von hier liegt der Radnaer-Pag, dessen Erreichung die Russen offenbar anstreben.

Budapest, 18. Januar. (Z. U.) Im Unger-Komitat wurden die Russen unter Verlusten aus ihrer Position bei Malonret verdrängt, wobei eine Anzahl verwundeter Russen gefangen genommen wurde. Der Erfolg wurde durch das schnelle Vorgehen eines Panzerzuges erzielt, dem es gelungen ist, bis Clontos vorzudringen. Dergleichen stehen die Russen in Clontos, wohin sie sich aus Sasal zurückgezogen haben. Unsere Artillerie legt den Kampf gegen die russische Position fort; von den auf der Höhe lagernden Feinden sind viele infolge des herrschenden Unwetters erfroren.

Die russische Artillerie.

Budapest, 17. Januar. (W. Z. V.) Der „Vester Lloyd“ bringt einen Artikel von militärischer Seite, in dem es u. a. heißt: Die Russen haben ihrem vor Pzemyshl stehenden Belagerungsheer und den gegen die Ost-Westischen angelegten Kräften einen Teil ihrer Artillerie, namentlich schwere Batterien, entzogen, um am Dunajec und an der Nida durchzubringen. Diese artilleristischen Angriffe zeigen aber, daß die Ueberlegenheit der Russen an leichten und schweren Geschützen, die während der beiden Lemberger Schlachten und auch noch zur Zeit unserer ersten Offensiven gegen San und Weichsel in unheimlicher Weise zutage getreten war, nicht mehr in diesem Umfang besteht. Auch die Tatsache, daß die Russen in der letzten Zeit viele ihrer Reformationen mit Verdau-Gewehren, also mit alten Waffen, an die Front schickten, ist ein Symptom, das Beachtung verdient. Schließlich läßt dies auch auf eine wesentliche Verringerung der vorhandenen ausgebildeten Kräfte schließen. Der Boden des russischen Artillerieparkes, das unerschöpflich zu sein schien, wird immer deutlicher sichtbar.

Der ungarische Landsturm.

Budapest, 18. Januar. (W. Z. V.) Für den 21. Januar werden im Wege einer Kundmachung des hauptstädtischen Magistrats die militärisch ausgebildeten Landsturmpflichtigen der Jahrgänge 1875, 1876, 1877, 1878, 1879, 1880, 1881 und die jüngeren zum Landsturmdienst einberufen.

Der Krieg und die Kolonien.

Beschließung Swakopmunds.

Berlin, 18. Januar. (W. Z. V.) Nach amtlicher Meldung des Gouverneurs von Deutsch-Südwestafrika wurde am 21. Oktober v. J. die offene und unverteidigte Stadt Swakopmund von den Engländern beschossen, nachdem schon vorher der Kommandant des in der Walfischbucht liegenden Schiffs Kreuzer

kurz streifen. Die Fleischer fordern für ihre Ware Preise, die durch die Viehpreise nicht gerechtfertigt werden können. Aus diesem Grunde entschloß sich der Inspektor der Anstalt, in der die Armierungsarbeiter untergebracht sind, selbst Rinder zu kaufen und in eigener Regie schlachten zu lassen. Das Pfund Rindfleisch kostet ihm nun nur 65 Pf., obwohl er viel höhere Preise für das Vieh bezahlte als bisher die Fleischer angelegt hatten. Als Illustration diene folgender Vorgang: Auf einem Verkauf boten die Fleischer für eine 6 bis 7 Zentner schwere Kuh 60 M. und feigerten ihr Angebot schließlich bis 70 M. Der Inspektor kam und bot sofort das Doppelte, zahlte sogar noch mehr. Unter den Fleischern entstand eine große Erregung; sie betrachteten den „Preisverberber“ als einen Feind, der frevelnd in ihre heiligen Rechte eingreife. Das wollte man ihm antretend. Die Gelegenheit dazu fand sich bald. Der Inspektor sandte zu einem Fleischer um Schweinefleisch. Er bekam nichts — weil er so selbst Rinder kaufte und schlachten lasse! Mit solcher Wache freilich haben sich die Fleischer ins eigene Fleisch geschmitten, denn nun kauft der Inspektor auch Schweine für den Bedarf der Armierungsarbeiter und zu ihrem Vorteil!

Anfolge der eigenen Schädigung bekommt nun jeder Arbeiter für den Tag ungefähr ein halbes Pfund Fleisch und als Zulage abends noch Käse oder Wurst. Als die Fleischer noch das Fleisch lieferten, fielen die Tagesportionen ganz erheblich geringer aus, und Zulagen konnten überhaupt nicht gegeben werden. Dreimal in der Woche bekommen die Leute das Fleisch in Stücken zu einer Suppe, an den übrigen Tagen als selbständige Speise. Im übrigen entspricht die Wittagskost der der Soldaten im Felde. Wie diese bekommt jeder Armierungsarbeiter auf den Tag auch 750 Gramm Brot.

Anstatt nun von dem Barlohn vielleicht noch eine Kleinigkeit zur Verbesserung der täglichen Mahlzeit aufzuwenden, sehen nicht wenige Armierungsarbeiter einen Teil ihres Verdienstes in Alkohol um. Vieles wird über Alkoholvergnügen unter den Armierungsarbeitern gelaugt, und ich war auch selbst Zeuge grober Ausschreitungen. Allerdings liefern andere Bevölkerungskreise ebenfalls eine große Zahl Ergetrunden. Um dem Alkoholverbrauch zu steuern, ist mit geringen Ausnahmen der glasweise Absatz von Schnaps verboten worden. Nun kaufen ihn die Leute literweise. Von dieser Praxis machten auch viele Armierungsarbeiter ziemlich ausschweifenden Gebrauch. Auf Grund ihres mit der Militärbehörde geschlossenen Arbeitsvertrages haben sich die Armierungsarbeiter der Gerichtsbarkeit des Stappkommandanten und seiner Delegi-

„Kinnfauns Castle“, Kapitän Crampton, wiederholt die Beschließung angedroht hatte.

Der türkische Krieg.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 18. Januar. (W. Z. V.) Das Hauptquartier teilt mit: Unsere kaukasischen Truppen verteidigen hartnäckig ihre Stellungen gegen die Russen, die mit überlegenen Kräften angreifen. Ein feindlicher Versuch, den Flügel eines unserer Korps zu umfassen, ist gescheitert. Nach einem Gefecht zwischen unserer und der russischen Kavallerie westlich von Göl floh der Feind unter Zurücklassung von Toten und Verwundeten.

Gegenseitige Beleidigungen der Grausamkeit.

Konstantinopel, 17. Januar. (W. Z. V.) Die „Agence Milli“ meldet: Wir sind ermächtigt, formell die russischen Behauptungen zu dementieren, daß die türkischen Truppen in den Kämpfen bei Sarikamisch Grausamkeiten begangen, Verbrechen, Gewalttaten und Plünderungen verübt und alles, was russisch und armenisch war, vernichtet hätten. Die ganze Welt weiß, daß die Russen mit ungläublichem Zynismus andern die unmenschlichen Handlungen in die Schuhe schieben, die sie selbst begangen, wie sie durch ihr Verhalten auf den verchiedenen Schlachtfeldern gezeigt haben. Wir stellen fest, daß die muslimische und christliche Bevölkerung des Kaukasus das türkische Heer als wahren Befreier aufnimmt.

Anmerkung: „Agence Milli“ ist die bisher als „Agence Ottomane“ bezeichnete offizielle türkische Telegraphen-Agentur.

Die sozialistische Friedenskonferenz in Kopenhagen.

Die Leitung der Friedenskonferenz in Kopenhagen telegraphiert uns: Die Friedenskonferenz der skandinavischen Sozialdemokratie wurde am Sonntag in Kopenhagen eröffnet. Erschienen sind Vertreter aus Holland, Schweden, Norwegen und Dänemark, insgesamt siebzehn. Der Vorsitzende der dänischen Sozialdemokratie, Genosse Stauning, versicherte in seiner Eröffnungsrede, daß die Delegierten auf absolut neutralem Standpunkt stehen und betonte auf das kräftigste, daß die Konferenz auf keinen Fall über die kriegführenden Mächte zu Gericht sitzen solle. Die eigentlichen Verhandlungen der Konferenz finden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Es wird darüber von der Kongressleitung ein offizieller Bericht ausgegeben.

Am Nachmittag fand in der großen Halle des Rathauses eine von 2000 Personen besuchte Volksversammlung statt, in der Delegierte der verschiedenen Länder ihren lebhaften Wünschen nach dem Frieden unter den Völkern Ausdruck gaben.

Wolffs Telegraphenbureau versendet folgendes Telegramm:

Kopenhagen, 18. Januar. Am Sonntagvormittag wurde hier die internationale sozialdemokratische Friedenskonferenz eröffnet. Außer Vertretern Dänemarks sind solche aus Schweden, Norwegen und Holland erschienen. Der Vorsitzende der dänischen sozialdemokratischen Partei, Stauning, hielt die Begrüßungsansprache, zunächst deutsch, dann dänisch. Es wurde beschlossen, ein Protokoll mit einem ausführlichen Referat aufzunehmen, das vorläufig zurückgehalten, nach dem Kriege aber dem internationalen sozialistischen Bureau der international zusammengefügten Parteien vorgelegt werden soll. Der Konferenz gingen eine Anzahl Glückwünsche zu, darunter von Camille Huysmans, dem Sekretär des internationalen sozialistischen Bureaus. Darauf schritt man zur Beratung der Tagesordnung.

Die russische Unterdrückungspolitik.

Paris, 18. Januar. (W. Z. V.) Die „Humanité“ veröffentlicht einen Aufruf der sozialistischen Organisation des jüdischen Proletariats in Rußland „Der Bund“ an die zivilisierte

Welt. Im Böhmerland und das vielfach vorgekommene „Blauwerden“ zu bekämpfen, wurde angeordnet, daß die Armierungsarbeiter abends um 10 Uhr im Quartier sein sollen, wenn sie nicht vom Kolonnenführer längeren Urlaub haben. Als trotzdem das Wummeln nicht aufhörte, befohl der Kommandant, daß die Uebererschreitung der Feierabendstunde ohne Urlaub mit drei Tagen Mittelarrest bestraft wird. Am ersten Tage mußten 25 Mann in den Arrest, am zweiten Tage noch 15, dann zwei Tage lang keiner; am folgenden Tage, einem Sonntag, blieben wieder drei Mann über die erlaubte Zeit hinaus dem Quartier fern oder kamen gar erst am nächsten Tage nach Hause. Inzwischen scheint die Aussicht auf Mittelarrest sehr heillos gewirkt zu haben. — Auf solche Maßnahmen, die wir für das bürgerliche Leben ganz entschieden ablehnen, notwendig sind, ist höchst bedauerlich. Leider werden die Leute mit guten Gewohnheiten und mit Selbstgüte durch die Ausschreitungen und das antisoziale Verhalten minderwertiger Elemente in Mitleidenschaft gezogen. Es gibt Menschen darunter, die nur ein Wäschestück besitzen, in dem sie obendrein noch Ungezieser beherbergen. Trotzdem weigerten sie sich, ein zweites Hemd anzuschaffen, wozu sie angeblich kein Geld hätten. Schon im Interesse der reinlichen Menschen mußte schließlich die Verwaltung die nötige Wäsche kaufen und die Kosten ratenweise vom Lohn abziehen. In der Anstalt ist Gelegenheit geboten, kostenfrei zu haben. Von dieser Vergünstigung machte aber nur eine geringe Anzahl Gebrauch. Die Wasserabströmten erklärten, sie fürchteten eine Erkältung! Das Verhalten eines großen Teiles der Armierungsarbeiter ist ein neuer Beweis dafür, daß Rückständigkeit, der Disziplin und Erziehung der modernen Arbeiterbewegung fremde Elemente auch soziale Schädlinge und die schlimmsten Feinde ihrer Arbeitgenossen sind. All diese unlichsamen Erscheinungen legen den Gedanken nahe: warum persucht man es in Deutschland nicht einmal mit einem strikten Schnapsverbot? Wenn man glaubt, aus medizinischen oder allgemein gesundheitslichen Gründen den Soldaten im Felde und schließlich auch den Armierungsarbeitern im Freien den Alkohol nicht ganz entziehen zu können, so ließe sich der Konsum doch auf die von der Militärverwaltung gelieferten Mengen und auf die vorgezeichneten Formen einschränken. Aus solchen Zwänge erwächte kein Leid, aber sicher würde durch ihn viel Unheil verhütet werden!

Düwell, Kriegsberichterstatter.

Zivilisten im Militärdienst.

Jüterburg, den 13. Januar 1915.

Seit Beginn des Krieges hat die Militärverwaltung in wachsendem Maße Zivilisten zu Arbeiten für militärische Zwecke eingestellt. So handelt sich dabei um Befestigungsanlagen mannigfacher Art, überwiegend um das Ausheben von Schützengraben, den Bau von Unterständen und Artilleriestellungen, die Errichtung von Stacheldrahtverhauen, das Aufschütten von Dämmen usw. Viele körperlichen Arbeiten werden durch die wechselnde Witterung, heute härter, trockener Frost, morgen schneidender Wind, übermorgen Schneefall, dann wieder Tauwetter und gar noch Regen dazu, beschwerlich und unangenehm. Schon deswegen läge es im wohlverstandenen Interesse der Arbeiter, wenn sie sich vor alkoholischen Ausschreitungen hüteten und auf gute Ernährung und Körperpflege bedacht wären. Leider ist das bei einem großen Teil von ihnen nicht der Fall.

In der Front sind mehrere Tausend Arbeiter beschäftigt, davon entfallen auf die Etappe Jüterburg über 1000 Mann. Alle Gewerbe sind da vertreten, sehr stark das der Gelegenheitsarbeiterschaft. Doch auch Ackerleute, Ruffler, Schreiber usw. haben, indem sie aus der Not des Krieges eine Tugend machten, dem Militär ihre Arbeitskraft verkauft und sind Armierungsarbeiter geworden. Man sieht besonders viel jüngere Leute im Alter von 18 bis vielleicht 30 Jahren, vielfach kleine, schwächliche Personen. Bei Tüft ist fast in verhältnismäßig viele starke, mächtige Gestalten, oipruische Jünglinge, die als Armierungsarbeiter ihrem verlassenen Dorf wenigstens nahe bleiben und ihren Unterhalt verdienen konnten. Wie es scheint, sind unter den zivilen Militärarbeitern im Felde recht viele indifferente, sozial rückständige Elemente. Der Lohn ist, wenn auch nicht gerade ungewöhnlich hoch, so doch annehmbar. Der gewöhnliche Arbeiter erzielt in der Woche 25 M. Barlohn, Handwerker erhalten 350 M. Tagelohn, Schreiber 7 M., Sachverständige ebenfalls. Außerdem sind Verpflegung und Unterkunft gratis, so daß man den Lohn mindestens um 1,25 M. für den Tag höher ansetzen kann. Für gewöhnliche Arbeiter läme mithin ein Wochenlohn von rund 37 M. heraus. Für die Verpflegung werden zwar nur 75 Pf. pro Mann und Tag aufgewendet, aber das, was geliefert wird, könnte ein privater Haushalt für den gleichen Betrag nicht auf den Tisch bringen. In diesem Zusammenhang muß ich das höchste Kapitel vom Lebensmittelwucher, der sich demersbar nach

Welt, demzufolge seit Kriegsausbruch Judenverfolgungen unerhörter Art in Rußland eingeleitet haben. Der Aufruf berichtet von Judenverfolgungen in der Armeezone, von Pogromen in Polen, sogar in Lodz, von Massenarrestierungen und betont, daß die Juden unter dem geringsten Vorwande vor ein Kriegsgericht gestellt und zum Tode oder zu Zwangsarbeit verurteilt würden. Rangels anderer Weise diene nicht die Behauptung als Beweis, daß die Juden die Deutschen unterstützen. Der Aufruf schließt mit der Aufforderung an die zivilisierten Völker, den Zynismus daran zu erinnern, daß selbst in Kriegszeiten das Gewissen der zivilisierten Menschheit Worte finden werde, diese schmachvollen Handlungen zu verurteilen.

Die „Humanität“ fügt hinzu, der Bericht sei das schlagendste Dementi für die Meldungen einer gewissen Presse, daß den Juden politische Gleichheit von dem Zaren versprochen worden sei. Rußlands innere Politik habe sich seit Kriegsbeginn nicht geändert.

Todesstrafe für Entziehung vom Militärdienst in Rußland.

Das russische Kriegsministerium veröffentlichte einen Erlass, wonach die Personen, die im Rahmen der Kriegsoperationen sich durch Falschung von gesundheitlichen Schädigungen und Verletzungen vom Militärdienst zu entziehen suchen, zum Tode, resp. zur lebenslänglichen oder zu einer vier- bis zwanzig-jährigen Zuchthausstrafe verurteilt werden sollen. Derselben Strafe unterliegen die Personen, die die Schuldigen bei ihren strafbaren Handlungen unterstützt haben.

Sehr groß scheint danach die „Kriegsbegeisterung“ in der russischen Armee nicht zu sein.

Charakteristisch ist auch die Verschärfung der Strafen für Mißbräuche bei Armeelieferungen in Rußland. „Muskat Javalid“, das Organ des russischen Kriegsministeriums, veröffentlichte eine verschärfte Fassung einiger Artikel des Militär-Strafgesetzbuches (§§ 217—219), die sich auf solche Mißbräuche beziehen. Die neue Fassung setzt an Stelle einfacher Dienstenthebung und Erlasspflicht auch noch Festungshaft bis 4 Jahre und an Stelle der Arrestantenkompanie (bei bewährter Schädigung des Fiskus bei Lieferungen für die Feldarmee) den Verlust aller Rechte und Zwangsarbeit bis 15 Jahre resp. die Todesstrafe fest.

Rumänien bezieht Kriegsmaterial aus Amerika.

Sofia, 17. Januar. (Z. N.) Die rumänische Regierung bestellte in Amerika für 50 Millionen Lei Kriegsmaterial bei kurzfristiger Lieferung. In Rumänien wird die Bestellung vor der Öffentlichkeit verheimlicht.

Die bulgarische Regierung ersuchte die rumänische um Aufklärung über die Rüstungen. Man antwortete in Bukarest, daß die Kriegsvorbereitungen nicht gegen Bulgarien gerichtet seien.

Die Selbständigkeit der Ukraine.

Sofia, 17. Januar. (B. Z. B.) Bei Besprechung der Bestrebungen der Ukrainer, einen neuen selbständigen ukrainischen Staat zu bilden, sagt das Blatt „Dnevnik“, diese Bestrebungen müßten namentlich den Balkanstaaten die Augen darüber öffnen, worin eigentlich die angebliche Befreiungsbewegung Rußlands besteht. Der russische Despotismus sei aggressiv und unverwundlich gegenüber den Nachbarn Rußlands. Angesichts dieser Tatsache müßten sich die Balkanstaaten und jetzigen Nachbarn Rußlands fragen, was mit ihnen geschehe, wenn Rußland siegen würde. Die Schaffung eines ukrainischen Staatswesens würde Rußland vom Schwarzen Meere entfernen und für die Balkanstaaten eine Schutzmauer vor der russischen Gefahr aufrichten. Damit würde auch das Interesse Rußlands, auf dem Balkan zu intrigieren, aufhören. Die Schaffung eines ukrainischen Staates sei daher eine historische Notwendigkeit für alle von Rußland in ihrer Existenz bedrohten Staaten. Wer aber, vom Nordkap bis nach Konstantinopel, sei von Rußland nicht bedroht?

Gebete für den Frieden.

Rom, 18. Januar. (B. Z. B.) Wie der „Osservatore Romano“ meldet, hat der Papst durch einen Erlass besondere Gebete für den Frieden angeordnet, die an bestimmten Tagen verrichtet werden sollen. Ferner sollen auf Wunsch des Papstes in allen Kathedralen und Kirchen Europas am 7. Februar und in denen der andern Erdteile am 21. März besondere Gottesdienste abgehalten werden. Der „Osservatore Romano“ veröffentlicht den Wortlaut des Erlasses und des Gebetes.

Sammlung deutscher Handelskreise für schwedische Minenopfer.

Hamburg, 16. Januar. (B. Z. B.) Der „Hamburger Korrespondent“ teilt mit: Der am 6. und 7. Dezember bei Rantäsvaara im botanischen Garten erfolgte Untergang von drei schwedischen Dampfern durch Aufstoßen auf Minen ist in ganz Deutschland, insbesondere in Handels- und Schiffahrtskreisen, lebhaft und herzlich beklagt worden. Der Ursprung der Minen hat, wie wir erfahren, trotz der nunmehr abgeschlossenen eingehenden Ermittlungen nicht mit Sicherheit festgestellt werden können, immerhin ist bei der Unsicherheit des Ergebnisses dieser Untersuchung die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß es deutsche Minen waren. Um in beruflichen und menschlichem Mitgefühl den Hinterbliebenen der bei jenem Unglück und Leben gekommenen braven schwedischen Seeleute wenigstens materielle Hilfe angedeihen zu lassen, ist auf Anregung der Herren Vahlm und Warburg-Hamburg, Lohmann und Heimann-Bremen, Sartori-Kiel, Kunsmann-Stein usw. in den deutschen Handels- und Schiffahrtskreisen eine Sammlung veranstaltet worden: sie hat den Betrag von 200 000 Mark ergeben, der, wie wir hören, der Reederei-Kontingents-Gesellschaft Svea in Stockholm von Hamburg aus überandt worden ist.

Der Kampf gegen den Alkohol in Frankreich.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Unter so vielem Schrecklichen hat der Krieg nun Frankreich etwas Gutes gebracht — eine sozialhygienische Maßregel, die vielleicht in Zukunft betonen ist, dem physischen und moralischen Verfall der Masse erfolgreich entgegenzuwirken. In den letzten Jahrzehnten hatte der Alkoholismus in diesem Lande furchtbare Fortschritte gemacht. Es wurden zwar einige sehr gute Bücher und akademische wie parlamentarische Referate gegen das Volksgift geschrieben, aber die praktische Arbeit blieb, von Herkuleschen Vereinigungen abgesehen, fast nur auf eine, sicher sehr nützliche Propaganda in den Gewerkschaften und auf Maßregeln sozialistischer Gemeindeverbände beschränkt. Bekannt sind die Kämpfe, die besonders der sozialistische Bürgermeister von Firminy, Gen. Lafanti, mit den Alkoholschänkern dieser

Stadt bei den Verträgen auszufechten hatte. Maßnahmen in größerem Stil scheiterten bisher an der Korruption der Kleinbürgerlichen Demokratie, deren Politiker es sich mit den einflussreichen Wählern von der Wirtschaft nicht verderben wollten. — Die zeitweilige Zurückdrängung der Alkoholkonsumtion hat wohl den regierenden Männern den Mut gegeben, energische Verfügungen zu treffen, die in diesem Augenblick dem unmittelbaren Interesse der Landesverteidigung dienen, deren dauernde Aufrechterhaltung aber sicher der Waise der Nation, vor allem den Frauen, Verwertung gehen wird. Schon nach Kriegsausbruch haben Verfügungen der Präfekten den Mißbrauch so ziemlich überall unterbunden. Am 7. Januar aber hat die Regierung zwei Dekrete herausgegeben. Das erste verfügt das Verbot des Verkaufs von Absinth und ähnlich schädlicher Liköre. Nur die Ausfuhr wird weiter gestattet. Bekanntlich war der Absinth die „populäre“ Alkoholkonsumtion. Er wurde besonders in den Nachmittagsstunden und nach Feierabend getrunken. Die Industrie des „Apirittis“ hat zahllose Arbeiter zugrunde gerichtet. Auch geistige Arbeiter, denn er war das Getränk der Literaten- und Künstlerbohème. Er war der furchtbarste Werber für das Elendheer des Lumpenproletariats. — Das zweite Dekret bestimmt, daß fortan keine neue Stelle für Getränkeverkauf ohne gleichzeitige Speisezubereitung eröffnet werden darf, auf der andere alkoholische Getränke ausgestellt werden, die als solche auf der Basis von Wein hergestellt sind und weniger als 23 Grad Alkohol enthalten. Als Eröffnung eines neuen Ausschanks gilt nicht die Verlegung eines bestehenden, sofern sie in einem Umkreis von 100 Metern erfolgt. Jeder Ausschank, der aus irgendeinem Grunde — eine Katastrophe ausgenommen — ein Jahr lang nicht betrieben wird, darf nicht wieder eröffnet werden.

Die beiden Dekrete werden in der jetzigen Kammerberatung zur Bestätigung vorgelegt werden. Sie werden unter den jetzigen Umständen sicher angenommen werden. Die Frage bleibt nur, ob sie in der Folge besser befolgt werden als so viele andere soziale Reformgesetze.

Kriegsbekanntmachungen.

Privatfeldtelegrame.

Verfahrensweise wird vom 20. Januar an der Privat-Feldtelegrame-Verkehr zwischen Feldherrn und Heimat zugelassen. Dem General-Quartiermeister, unter Umständen auch den Armeekorpskommandos bleibt es vorbehalten, aus militärischen Gründen für ihren Befehlsbereich den Privat-Telegraphenverkehr ganz oder teilweise wieder aufzuheben. Jede derartige Maßregel wird öffentlich bekanntgemacht werden. Bei jedem Generalkommando wird eine Prüfungsstelle die Telegramme sichten und die minderwichtigen ausschalten. Damit dem Offizier der Prüfungsstelle die Prüfung der Dringlichkeit ermöglicht wird, sind die Telegramme der für den Korpsbezirk usw. zuständigen Prüfungsstelle persönlich oder brieflich unter Verfüzung der Gebühr zu übermitteln. — Der Absender hat die Dringlichkeit nötigenfalls unter Vorlegung von Beweisstücken zu begründen. Alle nicht unbedingt dringlichen Telegramme werden unter Rückgabe der Telegrammgebühr zurückgewiesen. Dazu gehören u. a. Telegramme, deren Inhalt aus Begrüßwünschen, Mitteilungen minder wichtiger Familienangelegenheiten, Rundgebungen von Vereinen, Stammtischen usw., allgemein gehaltenen Anfragen nach Befinden und Aufenthaltsort, Anfrägen oder Sendungen oder Anfragen darüber besteht. — Telegramme über das Befinden von Schwerverwundeten haben vor allen anderen den Vorrang. — Telegramme mit unrichtiger Adresse werden zurückgewiesen. — Zugelassen ist nur die offene deutsche Sprache. Alle verabredeten und gestrichelten Ausdrücke sind verboten. — Von jeder Prüfungsstelle darf nur eine beschränkte Anzahl von Telegrammen täglich zur Beförderung angenommen werden. — Die Adresse ist vom Absender so ausführlich anzugeben, wie es für Feldpostsendungen vorgeschrieben ist. Wohnort der Absender nicht am Ort der Prüfungsstelle, so ist der Unterschrift des Telegramms der Wohnort beizufügen. Die Gebühr beträgt 5 Pf. für das Wort, wobei die Adresse ohne Rücksicht auf die dafür gebrauchte Wortzahl für 10 Textwörter gezählt wird. — Die Bemerkung „dringend“, „Antwort bezücht“, „Vergeltung“, „telegraphieren“, „Empfangsanzeige“, mehrere Adressen und „einschneiden“ sind nicht zugelassen. Kein Telegramm darf außer der Adresse mehr als 10 Worte enthalten. — Der Text ist möglichst kurz zu fassen. Bedeutungslose Füllwörter, wie „herzliche Grüße“ und ähnliches, sind zu vermeiden. — Für alle vom Feldherrn nach der Heimat gerichteten Telegramme werden die Gebühren vom Empfänger erhoben und nach Zahl der gebrauchten Worte mit 5 Pf. pro Wort berechnet. — Den Armeekorpskommandos bleibt es überlassen, über die Art der Auflieferung sowie Zahl, Prüfung und Sichtung der Telegramme Bestimmungen zu treffen.

Postsendungen an deutsche Kriegsgefangene in den britischen Besetzungen und in Japan.

Von jetzt ab können Postsendungen jeder Art unter den Bedingungen des Kriegsgefangenen-Postverkehrs an die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen in allen britischen Besetzungen und Schutzgebieten (Zeitung über die Niederlande), ferner gewöhnliche Briefsendungen und Postanweisungen an deutsche Kriegs- und Zivilgefangene in Japan (Zeitung je nach Wahl und Zeitvermerk des Absenders über die Schweiz oder über Schweden/Rußland) abgehandelt werden. Die Postanweisungen an Gefangene in britischen Besetzungen sind wie solche an Gefangene in England an das Postamt in Haag, Postanweisungen nach Japan wie solche an Gefangene in Frankreich oder Rußland an die Oberpostkontrolle in Bern oder an das Postamt in Walmö I zu richten.

Postanweisungen für deutsche Kriegsgefangene.

Bei Postanweisungen an deutsche Kriegsgefangene im Ausland ist es für Absender und Empfänger von größter Wichtigkeit, daß die Angabe der Adresse des Empfängers auf der Rückseite des Abschnitts der Postanweisung so deutlich wie möglich und in lateinischen Buchstaben geschieht. Denn diese Angaben dienen den Postbeamten in Bern (für Frankreich), im Haag (für England) und in Walmö (für Rußland) als Unterlage zur Ausfertigung einer neuen, an den Empfänger gerichteten Postanweisung. Hierbei führen undeutliche Angaben des Absenders sehr leicht zu Irrtümern und falschen Angaben auf der neuen Postanweisung, die dann meist unbestellbar wird, so daß der Zweck der Sendung vereitelt ist. In zahlreichen Fällen ist bisher schon die Rückkunft von Postanweisungsbeträgen auf die unendlich geschriebenen und mangelhaften Angaben der Absender zurückzuführen gewesen.

Politische Uebersicht.

Das Verbot der Bundesversammlung.

Die Kommentare verschiedener Blätter zu dem Verbot der Generalversammlung des Bundes der Landwirte veranlassen die „Deutsche Tageszeitung“ zu folgender Klarstellung:

„Der Bund der Landwirte, dessen Satzungen die Abhaltung einer jährlichen Generalversammlung vorschreiben, hat um die Rechtslage mit Rücksicht auf den Kriegszustand zu klären, sich mit einer Anfrage an die zuständige Stelle gewandt. Diese Anfrage ist in genereller Form dahin beantwortet worden, daß die Generalversammlung des Bundes der Landwirte unter die Veranstaltungen falle, die gemäß Verfügung des Oberkommandos in den Marken nicht gestattet sind.“

Die Schärfe der Kritik, mit der u. a. die „Post“ das Verbot behandelt, bleibt darum nicht weniger charakteristisch.

Armee und Sozialdemokratie.

Vor uns liegt ein Zettel folgenden Inhalts:

„Beiriff v. Kl. ab. „Der gute Kamerad“, 20. Aufl. In den Ausgaben für Preußen, Baden, Heffen und Pioniere auf Seite 82, Zeile 6 v. u. ff., in den Ausgaben für Sachsen auf Seite 80, Zeile 17 v. u. ff., ist das über die Sozialdemokratie Gesagte zu streichen. Die Sozialdemokraten haben, wie alle anderen, in dem letzten großen Kriege in vaterländischer Gesinnung und treuer Dienstauffassung ihre Pflicht getan, so daß die bestimmte Hoffnung besteht, daß die in obigen Zeilen erhobenen Vorwürfe und Warnungen für alle Zeiten entkräftet und überflüssig sein werden.“

Dieser Zettel liegt der Ausgabe des „Der gute Kamerad“ ein Stern und Leisebuch für den Dienstunterricht des deutschen Infanteristen von v. Kl. ab., weiland Major und Bataillonkommandant im Infanterieregiment Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin (brandenburgisches) Nr. 24; fortgesetzt von v. Loefen, normals Major beim Stabe des I. hannoverschen Infanterieregiments Nr. 74; weitergeführt von Werner, Hauptmann und Kompaniechef im I. unterelbsächsischen Infanterieregiment Nr. 132, Zwanzigste verbesserte Auflage, bei.

Die Seiten 82, 83 und 84 enthalten einen Angriff auf die Sozialdemokratie, wie man ihn vor 30 und mehr Jahren begegnete. Wir sind der „innere Feind“, ein „Krebsgeschwür“, wir wollen „teilen“, wir erstreben den „gewaltsamen Umsturz“ alles Bestehenden. Wir wollen die Republik, wir wollen den Kaiser und sonstige Autoritäten verhöhnen, die Familie zerstören. Die Feldherren von 1870 hätten wir „Gurgelabschneider“, die Soldaten „Räuber“ und „Mordbrenner“ genannt. Dann folgt eine eindringliche Warnung vor uns und die Aufforderung, dem Kriegerverein nach absolvierter Dienstzeit beizutreten. Es ist sehr erfreulich, wenn die militärischen Dienststellen anerkennen, daß derartige „Belehrungen“ in dienstlichen Lehrbüchern zu unterbleiben haben.

Auslieferung an Rußland.

Der Bayerische Verein für Frauenstimmrecht richtete an das Staatsministerium des Außern das Gesuch: während der jetzigen Kriegszeit Gelegenheit nehmen zu wollen, um das Übereinkommen zwischen Bayern und Rußland, die Regelung der Auslieferungsverhältnisse betreffend, vom 1. Oktober (7. September) 1885 mit Bezug auf politisch Verfolgte zu befeitigen.

In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß das Abkommen nicht nur dem Datum, sondern vor allem dem Geiste nach veraltet ist.

An den Landtag richtete der Verein für Frauenstimmrecht eine Petition, ebenfalls bei der Regierung auf Befeitigung des Auslieferungsverhältnisses mit Rußland hinzuwirken zu wollen.

Gesandter Dr. Klüggemann gestorben.

Der langjährige Vertreter Lübeds im Bundesrat, Gesandter Dr. Klüggemann, ist in der Nacht zum Montag in Berlin gestorben. In den Jahren 1874 bis 1880 gehörte er als Mitglied der national-liberalen Fraktion dem Reichstage an.

Die Schweizer Kriegssteuer.

Uns wird geschrieben:

Die Schweiz hat bekanntlich im großen Umfang mobilisiert; im Laufe der ersten sechs Kriegsmomente ist durch ein System von Feldbefestigungen vom Genfer See bis zum Bodensee der Grenzschutz sehr stark geworden. Diese kostspielige Mobilisation muß durch eine besondere Steuer gedeckt werden. Die ganze öffentliche Meinung der Schweiz ist einhellig der Ueberzeugung, daß diese Kriegssteuer von den besitzenden Klassen getragen werden soll. Auch die großkapitalistischen Organe wagen nicht, anderer Meinung zu sein. Nun soll aber das „hohe“ Einkommen schon bei 3000 Franken und das „große“ Vermögen schon bei 10 000 Franken beginnen. Mit diesem Entwurf wagt die Regierung freilich nicht, vor das Volk zu treten, denn Kleinbürger, Kleinbauern und Beamte, sowie besserstellte Arbeiter werden von dieser „Steuer der Reichen“ getroffen. Der Entwurf würde in der Volksabstimmung glatt verworfen werden. Im Parlament sind dagegen die Großkapitalisten einflussreich genug, um ein reaktionäres Gesetz durchzubringen. Sie verlangen deshalb, daß das Schweizer Volk durch Abstimmung seine Zustimmung zur Verfassungsänderung erklärt und dem Parlament gleichzeitig eine Blankovollmacht zur Ausarbeitung eines Bundesgesetzes über die Kriegssteuer gibt. Das Volk soll die Kasse im Saal kaufen, — es soll der direkten Bundessteuer zustimmen in der Meinung, daß es sich um eine Belastung der Reichen handelt und dann soll der Begriff der „bestehenden Klasse“ im Interesse der Reichen zurechtgestellt werden. Selbstverständlich ist die sozialdemokratische Presse einhellig gegen diesen Rückfall in die primitive Form der Demokratie. Wir wollen nicht nur eine Volksabstimmung über die Verfassungsänderung, sondern auch über das Steuergesetz selbst.

Der neueste Präsident in Mexiko.

Mexiko, 18. Januar. (Meldung des Neuteriden Bureaus.) General Roque Gonzalez Garza ist gestern von dem Konvent zum provisorischen Präsidenten von Mexiko gewählt worden. Er soll dies Amt bis zur Wahl des neuen Präsidenten verwahren. Der bisherige provisorische Präsident Gutierrez hat die Stadt Mexiko mit drei Mitgliedern seines Kabinetts verlassen. Garza hat den Verleerungszustand über die Stadt Mexiko angeklündigt. Der Konvent hat sich als die oberste Gewalt erklärt und alle gesetzgebenden, richterlichen und exekutiven Befugnisse an sich gezogen.

Letzte Nachrichten.

Protest der belgischen Sozialdemokratie gegen die Kopenhagener Konferenz.

Amsterdam, 18. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) „Het Volk“ veröffentlicht einen Protest des belgischen Parteivorstandes gegen die Kopenhagener Konferenz, die nicht gemäß den Statuten der Internationale einberufen wurde. Der Parteivorstand protestiert besonders gegen das Verhalten der Einberufer, welche unter dem Vorwande, die Sektionen der neutralen Länder zu vereinigen, es für unnötig erachtete, Belgien zu verständigen und einzuladen, trotz des neutralen Charakters Belgiens und obzwar sie die französische und britische Sozialistenpartei eingeladen hätten. Der Parteivorstand hält abendrein die Besprechung der auf die Tagesordnung gestellten Fragen für vorzeitig und erklärt, daß seine Vertreter im internationalen Bureau an der Konferenz nicht teilzunehmen haben.

Die Redaktion von „Het Volk“ stellt fest, daß der holländische Parteivorstand den dänischen Parteivorstand ersuchte, die Belgier über die Konferenztagung zu informieren. Die Redaktion setzt hinzu, es sei überflüssig, anzumerken, daß für die Konferenz der Charakter als Zusammenkunft der Parteien der neutralen Länder nicht ein Wort, sondern wesentlich war.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 128 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Garde-Schützen-Bataillon; Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 1, 3, 5, 6, 9, 12, 16, 23, 24, 27, 28, 30, 33, 35, 37, 38, 40, 44, 45, 46, 47, 49, 55, 57, 58, 59, 63, 66, 67, 73, 76, 78, 88, 90, 93, 96, 97, 98, 99, 100, 113, 114, 117, 118, 128, 129, 131, 132, 136, 137, 142, 143, 147, 150, 152, 158, 165, 168, 169, 170, 172, 173; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 3, 6, 7, 8, 11, 15, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 28, 31, 32, 37, 46, 48, 49, 55, 56, 59, 60, 64, 65, 67, 69, 72, 74, 75, 76, 81, 92, 99, 110, 116, 208, 213, 217, 219, 222, 224, 233; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 7, 13, 18, 24, 25, 26, 27, 28, 31, 35, 36, 37, 38, 39, 48, 49, 65, 68, 76, 81, 84, 89; Ueberplanmäßiges Landw.-Inf.-Bat. Nr. 5 des IV. Armee-

Korps; Brig.-Erf.-Bat. Nr. 5, 8, 41, 42; Landst.-Bat. II Preußen i. Oberchl. 1 Heidelberg, Mannheim, Neufahrwasser, Preussisch-Stargard; Landst.-Erf.-Bat. Karlsruhe; Jäger-Bat. Nr. 9; Ref.-Jäger-Bat. Nr. 9, 18; Festungs-Maschinengewehr-Abt. Nr. 11 Stralsburg i. G.

Garde-Kürassiere; 1. und 2. Garde-Mann; Kürassiere Nr. 5; Dragoner Nr. 11, 13, 16; Husaren Nr. 4; Mannen Nr. 16; Jäger zu Pferde Nr. 1, 3; Landw.-Kavallerie-Reg. Nr. 2; Ref.-Kav.-Abt. Nr. 50.

6. Garde-Feldart.-Reg.; 1. Garde-Ref.-Feldart.-Reg.; Feldart.-Regimenter Nr. 2, 5, 6, 15, 21, 26, 37, 56, 59, 60, 61, 62, 63, 66, 67, 69, 70, 71, 73, 74; Ref.-Feldart.-Regimenter Nr. 6, 17, 18, 20, 21; 1. Landw.-Feldart.-Batterie des IX. Armee-Korps.

1. Garde-Fußart.-Reg.; Fußart.-Regimenter Nr. 1, 4, 7, 20; Ref.-Fußart.-Regimenter Nr. 1, 3, 6, 15, 20; Landw.-Fußart.-Bat. Nr. 20; Ref.-Fußart.-Batterie Nr. 22; Rörser-Reg. Nr. 6.

Pionier-Regimenter Nr. 10, 23; Pionier-Bataillone: II. Nr. 2, I. Nr. 5, II. Nr. 4; Minenwerfer-Abt. des XXI. Armee-Korps.

Armee-Telegraphen-Abt. Nr. 8. Ref.-Munitionskolonnen-Abt. Nr. 28 des XIV. Reserve-Korps; Ref.-Art.-Munitionskolonne Nr. 4 des VI. Reserve-Korps. Armierungs-Bataillone Nr. 11 des III. und Nr. 3 des XI. Armee-Korps; Armierungs-Kolonne Nr. 30 des V. Armee-Korps.

Ref.-Sanitäts-Komp. Nr. 7 des VII. Reserve-Korps; Sanitäts-Komp. Nr. 1 des XVI. Armee-Korps; Landw.-Sanitäts-Komp. Nr. 22; Lazarett-Verpflegungstruppe II des XVIII. Armee-Korps. Kriegsbesoldungsamt des III. Armee-Korps.

Die bayerische Verlustliste Nr. 137 bringt Verluste des Inf.-Leib-Reg.; des 1., 3., 5., 7., 11., 17., 19., 21. und 22. Inf.-Reg.; der Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 6, 8, 10; des Landw.-Inf.-Reg. Nr. 4; des Brig.-Erf.-Bat. Nr. 4; des 6. Chevaulegers-Reg.; des Ref.-Kavallerie-Reg. Nr. 5; des 5. Feldart.-Reg.; des Ref.-Fußart.-Reg. Nr. 1.

Die bayerische Verlustliste Nr. 138 bringt Verluste des 9., 13., 15., 16., 17., 19., 20., 21. Inf.-Reg.; des Ref.-Inf.-Reg. Nr. 2. Der Schlus der sächsischen Verlustliste Nr. 93, deren Inhalt am Sonntag angegeben wurde, wird veröffentlicht. Die württembergische Verlustliste Nr. 96 enthält Verluste des Inf.-Reg. Nr. 121.

Aus Groß-Berlin.

Krieg und Schule.

Aus der großen Reihe der Kriegsvorträge aller Arten, die jetzt gehalten werden, ist das Thema „Krieg und Schule“ bemerkenswert, das am Sonnabend im Büroaal des Rathhauses der Berliner Stadtkassendirektor Dr. Schepp vor einer stark besuchten, von der Zeitschrift „Die Welt der Frau und Mutter“ einberufenen Frauenversammlung behandelte. Es gab Ansichten zu hören, die geeignet sind, nach oben und unten fortpflanzend zu wirken. Der Vortragende bezeichnete die augenblicklichen Aufgaben der Schule, die vielfach nicht ohne Widerspruch geblieben seien, als einen Ausnahmezustand, der aber trotzdem viel Gutes für die Zukunft stiften könne und in mancher Beziehung den weiteren Ausbau verdiene. Die Schuljugend nehme ganz von selbst Stellung zum Kriege. Da müsse damit kein Schaden entstehen, die Schule regulierend und mäßigend eingreifen. Hierbei sei streng zu unterscheiden nach Altersstufen, Geschlecht, Umgebung, Stellung der Schule und ähnlichen Momenten. Sonst werde die verallgemeinernde Methode zur Quelle der Charakterverderbnis und zur Verminderung der Schulaufgaben. Das Kind müsse wissen, daß wir einen Kampf führen für die Treue, für das Deutsche in uns, nicht aus Rassenhaß, Rachsucht oder Neid. Zwar sei eine Strömung des Hasses gegen ganz England vorhanden, aber die Schule solle davon frei bleiben, der Haß dürfe sich nicht gegen den Einzelnen richten. Man werde sich ja später doch wieder die Hände schütteln, und deshalb müsse schon heute dem Kind das richtige Empfinden für den Frieden beigebracht werden.

Näher eingehend auf die durch den Krieg veränderten Schulaufgaben bedauerte Redner, daß man versucht habe, dem Religionsunterricht während des Krieges auf Kosten anderer Lehrgegenstände eine Vorrangstellung zu geben. Auch Begeisterung sei Religion. Geographie müsse mehr Wirtschaftsgeographie werden, auch der geschichtliche Unterricht, Rechnen, Zeichnen usw. seien in praktische Bahnen zu leiten. Der Krieg wolle jetzt in fast jede Unterrichtsstunde hinein, aber man hüte sich vor dem Chauvinismus. Achtung auch vor einem ehrenhaften Gegner! Das Turnen werde stark beherrscht von der durch die oberen Schulstellen geförderten Bildung von Jugendkompanien. Aber was hier mit dem Dünkel, was mit der Absonderung nach dem Geldbeutel! (Stürmischer Beifall.) Mit solchen Trennungen schon in der Jugend werde man nicht den kameradschaftlichen Geist erziehen, der über den Krieg und seine Gefahren hinaus sich im friedlichen Leben betätigen soll. Die nach dem Kriege zu erhoffende Milderung der Parteigegensätze werde vielleicht auch eine Reorganisation der Volksschule bringen. Die trennende Schranke zwischen der Volksschule und der Oberschule der höheren Lehranstalten könne sehr wohl fallen. Siegesfeiern in den Schulen mit belehrender Grundlage hält Redner für eine Notwendigkeit, doch sei auch hier ein Zweifel vom Uebel, wenn nicht an die Stelle des Erzieherischen die Abstützung treten solle. Der Vortragende schloß mit dem Hinweis, daß jetzt für die etwa 1100 zum Kriegsdienst eingezogenen Berliner Lehrer voller Erisch beschäftigt sei, zum Teil aus den von Ostpreußen gelohenen Lehrkräften.

Vorher hatte eine Redaktorin des „Berliner Tageblatts“ über die Arbeiterkinderhorte gesprochen, wobei sie die aufopfernde Singsache der Berliner Arbeiterhorte für den

gleichen Zweck hervorhob. Die Arbeiterkinderhorte hätten zwar wegen fehlender Unterhaltungsmittel den Eigenbetrieb einstellen müssen, doch seien die meisten der schulpflichtigen Kinder auf andere Horte übernommen worden. Man spreche jetzt so viel vom „weiblichen Dienstjahr“, das sich infolge des Krieges gerade auf diesem sozialen Gebiete am schönsten in die Praxis umzusetzen beginne.

Witterungsumschlag.

Das regnerische und stürmische Wetter der letzten Tage wurde gestern durch einen Schneefall abgelöst, der in den Nachmittagstunden größere Kälte im Gefolge hatte, die aber angenehmer wirkte als das bisherige Regenwetter.

Die Ausgaben für Kriegshilfe in Berlin.

Die Zahl der von der Stadt Berlin unterstützten Familien der Kriegsteilnehmer, welche im August 62 980 betrug, ist bis zum Dezember auf 81 268 gestiegen. In weit stärkerem Maße noch ist die Gesamthöhe der Unterstützungen gewachsen; sie belief sich im August auf 1,3 Millionen Mark, im September auf etwa 2 Millionen Mark und ist angewachsen im Dezember auf 3,5 Millionen Mark. Der Gesamtbetrag der von August bis zum 21. Dezember gezahlten Kriegsunterstützungen einschließlich der Mietbeihilfen, die erst für die Monate November und Dezember in Erscheinung treten, beträgt 12,1 Millionen Mark.

Von der Städtischen Straßenbahn.

Am Donnerstag, den 15. Januar 1915 tagte eine gut besuchte Versammlung des Ausschusses der Städtischen Straßenbahn. Besonders wurde von allen Anwesenden zum Ausdruck gebracht, daß der Lohn von 4 M. pro Arbeitstag als zu niedrig bezeichnet werden muß. Weiter wurde das geringe Entgegenkommen der Verwaltung wegen der Bezahlung von freien Tagen kritisiert. Bedenkt man die überaus stark im Preise gestiegenen Lebensmittel und alle Bedarfsartikel, so kann es nicht verwundern, daß bei dem an sich schon schweren Dienst, der oft bis 18 Stunden ausgedehnt ist, die Unzufriedenheit des Ausschusses zum Ausdruck kommt. Die nicht gerade liebevolle Behandlung durch einzelne Aufsichtsbearbeiter trägt auch nicht dazu bei, die Arbeitsfreudigkeit des Personals zu erhöhen. Bei der kleinsten und geringfügigsten Sache heißt es: „Wenn es Ihnen nicht paßt, dann gehen Sie doch.“ Solche Redensarten sollten in einem Betriebe, der andern mit guten Beispielen vorangehen sollte, nicht vorkommen.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die heute am 14. Januar 1915 tagende Versammlung des Ausschusses der Städtischen Straßenbahn muß zu ihrem Bedauern feststellen, daß der gegenwärtige Lohn von 4,00 M. pro Arbeitstag nicht mehr ausreicht, um die wirtschaftliche Existenz jedes einzelnen aufrechtzuerhalten. Obwohl bereit, in dieser Zeit des Krieges ebenfalls Opfer zu bringen, zwingen die außerordentlich stark gestiegenen Preise aller Lebensmittel und Bedarfsartikel das Ausschusspersonal, nachfolgende Reuegelung zu empfehlen:

- Das Ausschusspersonal erhält: a) einen täglichen Mindestlohn von 4,50 M. b) Bezahlung der freien Tage. c) Bezahlung der Überstunden mit 0,50 M. d) die tägliche durchschnittliche Arbeitszeit darf für Schaffner 10, für Fahrer 9 Stunden nicht überschreiten; e) Gewährung eines freien Tages für jede Woche.

Die Versammelten sind der Ansicht, daß die Verwaltung der Städtischen Straßenbahn diesen Wünschen des Ausschusses wohl ein wohlwollendes Entgegenkommen zeigen kann, zumal feststeht, daß auch nach Bewilligung der angeführten Wünsche eine starke Einschränkung im Haushalt jedes einzelnen Platzgreifen muß.

Die Versammelten beauftragen die Organisationsleitung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes mit der Vertretung ihrer Interessen und eruchen sie, den in Frage kommenden Instanzen der Städtischen Straßenbahnverwaltung von dem Inhalt der Resolution Kenntnis zu geben, sowie Schritte zur Erfüllung der genannten Regelung einzuleiten.

Es wäre für die Stadtverwaltung gewiß ein Leichtes, den Wünschen des Ausschusses ohne langes Zögern Gehör zu schenken. Jetzt gleicht der Betrieb einem Laubenschlag. Ein Entgegenkommen der Verwaltung liegt auch im Interesse des Verkehrs und der Sicherheit für das fahrende Publikum.

Kontrolle der durch die Landesversicherungsanstalt Berlin unterstützten Arbeitslosen.

Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat mit dem Zentralverein für Arbeitsnachweis ein Abkommen über eine wirksame Nachkontrolle derjenigen Versicherten getroffen, welche von der Landesversicherungsanstalt Berlin Arbeitslosenunterstützung beziehen. Hiernach wird jeder Unterstützungsempfänger nach dem Zentralarbeitsnachweis vorgeladen zur eingehenden Erörterung seiner Erwerbsmöglichkeiten. Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat an alle Berliner Arbeitsnachweise die Bitte gerichtet, offene Arbeitsstellen, die durch die Arbeitsnachweise nicht besetzt werden können, der im Zentralarbeitsnachweisgebäude eingerichteten Zentralarbeitsstellen für Arbeitsnachweis zu melden. Demjenigen, welcher die ihm angebotene angemessene Arbeit ablehnt, wird die Arbeitslosenunterstützung sofort entzogen. Diejenigen, welche es ablehnen, der Vorladung nach dem Zentralarbeitsnachweis Folge zu leisten, erhalten eine zweite Vorladung mit der Verwarnung, daß im Falle des Nichterscheinens die Arbeitslosenunterstützung ohne weiteres entzogen werden wird. Auf Grund dieses Verfahrens haben, wie vom Vorstand gemeldet wird, bereits zahlreiche Entziehungen von Arbeitslosenunterstützungen stattgefunden.

Die Löhne der Postausheber.

Der Tagelohn für Ausheber im Unterbeamtendienst ist von 3,30 auf 3,70 M., also um 40 Pf. pro Tag erhöht worden und soll sofort in Kraft treten, und zwar vom gestrigen Tage ab. Die Arbeitszeit beträgt im Wechsel mit den Unterbeamten zur Kriegszeit je nach der Stelle etwa 68—69 Dienststunden wöchentlich, vor Ausnahmen an einzelnen Tagen abgesehen, die im Postdienst nicht zu vermeiden seien, weil die Ausheber in die Dienstschichten einspringen müssen, für die Unterbeamte fehlen. Es wird und ferner berichtet, daß längere Dienstschichten durch kürzere wieder ausgeglichen werden sollen. Die Sortierer bei der Postpost-sammelstelle erhalten 4 M. pro Tag, bei 68stündiger Beschäftigung wöchentlich und nach 3 Monaten 4,50 M., wie wir berichtend mitteilen wollen.

Es ist sicherlich erfreulich, wenn den Postaushebern eine Lohnaufbesserung zuteil geworden ist, sie hätte aber sehr wohl die Höhe des ordentlichen Tagelohns von 4 M. für Berlin erreichen

können. Denn bei den heutigen Lebensverhältnissen ist ein solcher Lohnsatz kein hoher, wenn man bedenkt, daß doch auch noch Beiträge für Versicherungen und Ausgaben für Fahrgehalt vom Lohn in Abzug kommen.

Reichswollwoche.

Die von den Hausfrauen bereitgestellten Bündel und Pakete mit wollenen und Tuchwaren können selbstverständlich an das Sammellokal des Stadtbezirks abgeliefert werden, sofern nicht vorgezogen wird, das Paket beim Hausverwalter oder Portier abzugeben. Durch Pakete an den Häusern und öffentlichen Gebäuden ist überall die nächstgelegene Wollsammlestelle bekanntzugeben, die im Übrigen auch bei dem Herrn Bezirksvorsteher zu erfragen ist.

Keine Einstellung des Schlachtfahrerkaufs. Die durch einen Teil der Tagespresse gegangene Notiz, daß in kurzer Zeit eine Verordnung erlassen werden würde, die die Herstellung und den Verkauf von Schlachtfahrern verbiete, erweist sich als unrichtig. Wie berichtet wird, haben der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Verbandes Deutscher Konditorenvereinigungen sowie der Obermeister der Berliner Konditorenvereinigungen gestern früh eine Rücksprache im Handelsministerium gehabt, bei der ihnen versichert worden sei, daß keine derartige Maßnahme geplant sei; auch sei nicht damit zu rechnen, daß ähnliche Erörterungen etwa bereits im Landwirtschaftlichen Ministerium angestellt würden, da von einem Mangel an Futtermitteln bezw. von einem Mangel an Butter zurzeit nicht die Rede sein könne. Wenn ein solches Verbot im Interesse der Allgemeinheit später kommen sollte, würden selbstverständlich zuvor die davon betroffenen Erwerbszweige gehört werden.

Kartoffelverkauf der Stadt Berlin. In der Notiz der Sonntagsnummer sind durch Ausfall einer Zeile zwei Sätze in sinntunender Weise zusammengezogen worden. Der richtige Wortlaut ist: „Wir hoffen, daß der Magistrat alles tun wird, um solchen sich etwa bemerkbar machenden Plänen wirksam entgegenzutreten. Das beste Mittel, den Konsumenten billige Kartoffeln zu sichern, wäre die Beschränkung auf direkten Verkauf an die Konsumenten.“

Der falsche Tierbändiger.

Ein alter Schwindelpezant ist in Berlin wieder einmal aufgetreten und festgenommen worden. Seit einigen Tagen borgte ein Mann, der sich Tierbändiger Wilson Steffen beim Zirkus Schumann nannte, junge Leute, die er auf der Straße kennen lernte, unter der Vorspiegelung an, daß er sich bei Erledigung von Geschäften verabschiedet habe, gab zum Dank für die Aushilfe einen „Freizettel“ für die nächste Vorstellung und verbrach, gleich im Zirkus das Geld zurückgeben zu wollen. Der Kriminalkommissar, dem diese Schwindelereien angezeigt wurden, erinnerte sich sofort eines Gauners, der früher als Hagenbedacher Reitmeister, dann auch als Reffe des berühmten Karl Hagenbeder und endlich als „Dompteur in Hagenbeder's Indien“ auftrat und als solcher mit dem gleichen Kniff mehr als 60 harmlosen Leuten bis zu 20 M. abnahm. Seine Verurteilung, daß „Wilson Steffen“ dieser Schwindler sei, bestätigte sich gestern bei seiner Festnahme. Die Kriminalbeamten, die den Gauner suchten und endlich erwishten, erkannten ihn sofort wieder. Er ist ein 28 Jahre alter Maschinist Rutgerus Nied, der aus Amsterdam stammt.

Warnung vor falschen Ankündigungen.

In zahlreichen Verkaufsstellen wird das bei der Herstellung von Konserven gewonnene Knochenfleisch und auch andere Nebenerzeugnisse unter der Bezeichnung „aus Armeekonservenfabriken“ feilgehalten. Soweit es sich um Erzeugnisse aus Privatfabriken handelt, sind solche Bezeichnungen unzulässig, weil sie geeignet sind, das Publikum irreführen zu können.

Konstituierende Stadtverordnetenversammlung in Bernau.

In der ersten abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung wurde vom Vorsitz der Jahresbericht gegeben. Sodann erfolgte die Wahl des Bureau. Die Bürgerlichen wollten unseren Genossen den Schriftführerposten unter der Bedingung überlassen, daß unsere Genossen einstimmig den ersten und zweiten Vorsitz wählen sollten. Das wurde von unseren Genossen abgelehnt. Zum Vorsitz wurde J. Schmeidel mit zwölf Stimmen gewählt gegen Genossen Willmann, welcher nur sechs Stimmen erhielt. Mit derselben Stimmenzahl wurde als stellvertretender Vorsitzender Gruban gegen Genossen Feldig gewählt. In der darauffolgenden Ratsherrnwahl wurde der bisherige Ratsherr Dörnicke wieder und an Stelle des Ratsherrn Weckend der Dachdeckermeister Kleinent als Ratsherr gewählt. In die Etatkommission wurden die Genossen Knöschke und Feldig und in die genutzte Kommission, welche über Schulbuchlieferung beschließt, Genosse Berner gewählt. Sodann wurde einstimmig die Magistratsvorlage angenommen, welche die Legung von Kanalisationsröhren und Pflasterung des Lohmühlenweges verlangt. Die Legung der Röhren soll im Frühjahr geschehen, die Pflasterung nach genügender Senkung der Erdmassen im Herbst. Ferner wurde einer Magistratsvorlage zugestimmt, welche den Bau einer Chaussee von Bernau nach Virchow und einer solchen von Bernau über Eisenau nach Blumberg fordert.

Die spreussischen Klähstlinge aller Kreise versammeln sich am Mittwoch, den 20. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, im großen Saale der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97.

Ueberfallen und seiner Barthaft beraubt wurde in vergangener Nacht ein Mann von drei Ströcken an der Ecke der Reinickendorfer und Schulstraße. Sie fielen über ihn her und stießen ihn rücklings zu Boden, so daß er sich beim Aufschlagen auf das Pflaster eine Verletzung am Hinterkopf zuzog. Während dann zwei auf ihm knieten und die Geldtasche raubten, drückte ihm der dritte die Kehle zu. Die Wegelagerer entliefen unversehrt.

Auslegung der Gemeindevorwählerlisten.

Vorwahlwochen-Wittmann. Die Wählerlisten zur Gemeindevorwahl liegen von vormittags 9 bis nachmittags 3 Uhr im Rathaus aus. Ober-Schöneweide. Die Gemeindevorwählerlisten liegen im Gemeindevorwahlamt, Zimmer Nr. 14, zur Einsicht aus. Im Verbindungsfalle übernehmen die Genossen Barneis, Wilhelmshofstr. 18, Pamp, Wilhelmshofstr. 42, Brep, Trübenstr. 5, und Lagerhalter Baedel, Konsumverein, das Einsicht. Reinickendorf. Täglich von 8 bis 3 Uhr im Rathaus, Hauptstr. 38/40 I, Sonntags von 9 bis 10 und 12 bis 1 Uhr.

Kinderveranstaltungen in Neukölln.

Mittwoch, den 20. d. M.: Märchenvorlesungen bei Barths, Hermannsstraße 49, und in den beiden Jugendheimen. Anfang 5 Uhr. Eintritt frei. Donnerstag Handarbeitsstunde für Mädchen und Freitag für Knaben in den bekannten Lokalen. Anfang 4 Uhr. Nur schulpflichtige Kinder haben Zutritt. Die Kinder vom 1. bis 4. Bezirk gehen nicht mehr zu Brandt, sondern zu Schmidt, Panierstr. 9a.

Ein Konzert des Blüthner-Orchesters unter Leitung seines Dirigenten Herrn Kapellmeisters Paul Donath findet heute Dienstag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in Neukölln, Bürgerfals, Bergstraße 147, statt.

